

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 113 – Juli 2015

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

Drei Seen und fünfzehn Verdächtige

Ferienanlagen an drei wunderschönen Kärntner Badeseen, dem Ossiacher-, dem Maltschacher-, und dem Hafnersee, einst alle drei im Besitz von BAWAG und ÖGB, waren preiswerte Urlaubsdomizile für privilegierte SPÖler. 2007, nach der BAWAG-Pleite, hat die Kärntner Landesregierung besagte Immobilien um **43 Millionen Euro** von BAWAG und ÖGB gekauft. Um 12 Millionen zu teuer, wie sich sechs Jahre später lt. Rechnungshof herausstellte, (Ob sie die 12 Millionen Euro, die sie zu viel kassiert haben, an das Land Kärnten zurückgezahlt haben, ist nicht bekannt) auch die Maklerprovision sei, mit 3,5 Prozent um 0,5 Prozent zu hoch gewesen.

Die Kleine Zeitung wußte im Jahr 2012 zu berichten: „Ein Millionengrab bleiben die ehemaligen ÖGB-Liegenschaften am Hafnersee, Maltschacher See und Ossiacher See für das Land Kärnten jedenfalls. 21 Millionen Euro aus dem Zukunftsfonds müssen bis zum Jahr 2015 noch gezahlt werden, dann ist der volle Kaufpreis von **fast 68 Millionen Euro** abgestottert.“

Ja aber – 68 Millionen?! - und den Zukunftsfonds, den will doch der Finanzminister jetzt für die Hypo-Pleite haben, obwohl der Europarechtsexperte der NEOS, Stefan Griller der Meinung ist, daß Kärntens Milliardenhaftung gegen EU-Recht verstoßen würde.

Wie auch immer, die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt nun gegen 15 (inzwischen sind es angeblich schon 17) namentlich nicht genannte Personen.

Interessant in dem Zusammenhang ist aber noch was ganz anderes.

Wirtschaftlich gesehen war der Kauf durch das Land Kärnten auch in der Folge kein Erfolg. Die erwartete Pacht von zwei Millionen jährlich wurde nie eingenommen, sie lag ab 2011 bei 650.000. Ein Verkaufsversuch 2010 scheiterte. **In der Folge mußten rd. 29 Millionen Euro außerordentlich abgeschrieben werden.**

Warum das Land Kärnten, das ja angeblich pleite ist, sich nicht um die Eintreibung der Pacht bemüht, ist ein Rätsel.

Seit Frühjahr 2012 werden die drei Seeimmobilien nun von der Firma Sonnenhotels Deutschland GmbH & CoKG in Goslar betrieben. Hinter der deutschen Sonnenhotels-Gruppe agieren Falkensteiner und TUI. Die werden ja die Pacht wohl zahlen?!

UDBA wollte Bürgerkrieg herbeibomben

Wie „profil“ berichtet, wollte in den Siebzigerjahren der jugoslawische Geheimdienst UDBA mit radikalen Kärntner Slowenen den Ortstafelkonflikt anheizen und einen Bürgerkrieg herbeibomben. Zu diesen Erkenntnissen kommt die Historikerkommission, die seit 2010 ungeklärte Sprengstoffanschläge untersuchte.

Abgesehen davon, daß, laut dem Bericht, Österreichs Sicherheitsapparat von der Kärntner Stapo bis hinauf ins Innenministerium und ins Heeresnachrichtenamt von UDBA-Spitzeln unterwandert war, zeigen neu entdeckte Dokumente, daß der jugoslawische Geheimdienst bei diversen Schmieraktionen auf Ortstafeln und öffentliche wie private Gebäude seine Finger im Spiel hatte und daß vier Gruppen von „Sora“-Aktivisten auch am Kärntner Ortstafelsturm von 1972 beteiligt waren. Zu diesem Zweck schuf die UDBA der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien mit Zustimmung Belgrads 1975 ein eigenes, ausschließlich für Operationen im „österreichischen Kärnten“ zuständiges Unterzentrum in Marburg, das keine erkennbaren Verbindungen zur Zentrale in Laibach haben sollte. Agenten dieses Unterzentrums steuerten ein, „Sora“ genanntes, Netzwerk von gewaltbereiten slowenischen Extremisten in Kärnten, beschafften Waffen und Sprengstoff.

Erziehung ist Aufgabe der Familie

Nicht die Frau Heinisch-Hosek darf bestimmen, was unseren Kindern zu lehren ist, dieses Recht haben nur die Eltern, sie müssen es aber einfordern.

Schule hat ausschließlich Bildung zu vermitteln, und zwar mit verantwortungsvollen Lehrern und den geeigneten Mitteln, um die Kinder bestmöglich auf die Anforderungen, die das Leben stellt, vorzubereiten.

Wie es im Art. 26 (3) der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zum Grundsatz erklärt worden ist, haben **„in erster Linie die Eltern (als gesetzliche Vertreter) das Recht, die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.“** Das Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention anerkennt auch das Recht der Eltern, **„die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihrer eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugung sicherzustellen“.**

Die Eltern haben dieses Recht im Interesse der Kinder wahrzunehmen. Sie haben zu überprüfen, ob die in den Schulen angebotenen Unterrichtsinhalte und Unterrichtsmethoden auch ihrem Erziehungsgrundsatz entsprechen. Ist das nicht der Fall, haben sie, als gesetzliche Vertreter der Schüler, das Recht und die Pflicht, dagegen vorzugehen.

Kinder dürfen nicht zum Spielball politischer Interessen verkommen.

ZITAT

Oswald Spengler: „Es ist jedem erlaubt, zu sagen, was er will; aber es steht der Presse frei, davon Kenntnis zu nehmen oder nicht. Sie kann jede Wahrheit zum Tode verurteilen, indem sie ihre Vermittlung in die Welt nicht übernimmt. Eine furchtbare Zensur des Verschweigens, die umso allmächtiger ist, als die Sklavenmasse der Zeitungsleser ihr Vorhandensein gar nicht bemerkt.“

ZITAT

Benjamin Franklin: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

WENDEHÄLSE

Seit 1991 ist
Siegfried
Kampl

Bürgermeister von Gurk. Im Herbst 2014 hat er der Kleinen Zeitung ein Interview gegeben, in dem er sich nicht vom Nationalsozialismus distanziert hat. Zitat Kampl: „Nur von dem, was sie gemacht haben, distanziere ich mich, nicht vom Nationalsozialismus. Das darf man nicht sagen, daß der zum Teil schlecht war.“

Darauffhin ging es in der FPÖ Schlag auf Schlag. Der Kärntner FPÖ-Obmann Christian Ragger war „enorm verärgert“, erklärte solche „ewigestrigen Ansichten eines Wiederholungstäters“ für „untragbar“. Noch in derselben Nacht informierte er alle Präsidiumsmitglieder und schloß Kampl wegen „Gefahr im Verzug“ aus der Partei aus. Zur APA meinte er: „Ich bin Jahrgang 1973, ich habe es einfach satt, mich immer mit solchen Dingen herumschlagen zu müssen, so etwas hat in unserer Partei keinen Platz. Wenn die Ortspartei an Kampl unbedingt festhalten will, könnte sie ihn theoretisch als unabhängigen Kandidaten auf ihre Liste stellen. Ich gehe davon aus, daß die Freiheitlichen in Gurk mit einem anderen Bürgermeisterkandidaten in die Kommunalwahl gehen werden.“

Bürgermeister Kampl erfuhr von seinem Parteiausschluß aus den Medien.

Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt leitete gegen den Gurker Bürgermeister Ermittlungen ein – „Wir werden die uns durch mediale Berichterstattung zur Kenntnis gelangten Aussagen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens nach § 3 Verbotsgesetz prüfen“ so die Sprecherin der Staatsanwaltschaft.

Großen Wert auf Distanz zu Kampl legte auch die Bundes-FPÖ. FPÖ-Chef Heinz Christian Strache schloß ihn aus der Partei aus.

Die FPÖ-Ortsgruppe Gurk mit ihrem Obmann Siegfried Wuzella stand „geschlossen hinter Kampl“ und wünschte ihn sich weiter als FPÖ-Spitzenkandidaten.

Dazu der Kärntner FPÖ-Obmann Christian Ragger: „Ich

kann mir nicht vorstellen, daß Kampl noch für die FPÖ namhaft gemacht wird.“

Siegfried Kampls Parteiausschluß sorgte für Unruhe in der Landespartei. Bezirksparteiobmann Franz Pirolt sprach in dem Zusammenhang von einer „Notbremse“, FPÖ-Klubobmann Christian Leyrouz soll den Ausschluß nicht unterschrieben haben.

Bürgermeister Kampl kündigte Berufung an, der Parteiausschluß sei nicht rechtmäßig, weil es mit einem telefonischen Umlaufbeschuß keinen Ausschluß geben könne. Dieser war laut Ragger einstimmig, FPÖ-Klubobmann Christian Leyrouz distanzierte sich hinterher aber davon.

Zur Berufung Kampls meinte Landesparteiobmann Ragger: „Sobald der Antrag vorliegt, wird das Schiedsgericht einberufen, sollte dieses tatsächlich Kampl recht geben, werde es eben einen neuen Ausschluß geben.“

Dann gab es in Kärnten Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen. Siegfried Kampl wurde mit 58,43 Prozent als Bürgermeister von Gurk bestätigt.

Auf einmal ist er auch in der Kärntner FPÖ wieder salonfähig. Christian Ragger beeilte sich mitzuteilen: „Wir würden uns freuen, wenn Kampl wieder der FPÖ angehört“ und außerdem „könne die Bundes-FPÖ nichts gegen die Aufhebung des Ausschlusses unternehmen, denn die Wiedervereinigung zwischen Kärntner FPÖ und Bundes-FPÖ hat noch nicht stattgefunden.“

Dazu der wiedergewählte Bürgermeister: „Die Herren Ragger und Strache waren noch nicht einmal auf der Welt, da habe ich schon für die Partei gearbeitet.“

Inzwischen hat auch die Staatsanwaltschaft Klagenfurt die Ermittlungen gegen Bürgermeister Kampl, wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Verbotsgesetz, eingestellt. „Weil die dem Ermittlungsverfahren zu Grunde liegende Tat nicht mit gerichtlicher Strafe bedroht ist oder sonst die weitere Verfolgung des Beschuldigten aus rechtlichen Gründen unzulässig wäre“.

Eigentlich klar, warum die einen gewinnen und die anderen verlieren. Anständigkeit ist im volkstreuem Lager sehr gefragt.

Mit Steuergeld gekauft

Sachsen erhöht den Teilnehmern an Demonstrationen, die gegen PEGIDA gerichtet sind, den Demonstrantenlohn – nun statt 10 Euro: 25 Euro aus Steuergeld, so die CDU-Politikerin Vera Längsfeld. Zudem wurden alle Subventionsempfänger des Freistaates Sachsen angeschrieben und zur Teilnahme an den PEGIDA-Gegendemonstrationen aufgefordert. Wer dort nicht erscheint, muß mit dem Entzug von Fördergeldern rechnen.

Finanzskandale wohin man schaut

Nach der Aufarbeitung des Finanzskandals rund um die Landesfinanzverwaltung in Salzburg, bleibt ein vorläufiger Schaden durch Spekulationen in Höhe von 350 Millionen Euro (4,81 Milliarden Schilling). Aktuell sitzt man in Salzburg immer noch auf weiteren Schulden des Wohnbaufonds und Verpflichtungen aus Goldgeschäften in der Größenordnung von 150 Millionen Euro. Hochrisikante Spekulationsgeschäfte, 2003 unter einem ÖVP-Finanzreferenten und ab 2004 durch die SPÖ-geführte Landesregierung unter Gabi Burgstaller.

Enttäuscht und verwirrt

Der estnisch-amerikanische Komponist Jonas Tarm hat in seine Komposition einen Teil des Horst-Wessel-Lieds eingebaut, und aus diesem Grund wurde die Uraufführung seines Orchesterwerks in der New Yorker Carnegie Hall kurzfristig abgesagt. Begründung: Es bedürfe bei einer derartig brisanten musikalischen Reverenz einer tiefer gehenden Auseinandersetzung. Tarm zeigte sich „enttäuscht und verwirrt ob der Zensur“.

Sie können mit Geld nicht umgehen

Derzeit verantwortet VP-Finanzminister Hans Jörg Schelling die „Steuerreform“, in der es um eine steuerliche Entlastung von fünf bis sechs Milliarden geht. Daß das so schwierig ist, hat eine zentrale Ursache: den „Hypo-Alpe-Adria-Skandal“, der bisher 5,5 Milliarden gekostet hat und trotz Schellings Dementi viele weitere Milliarden kosten wird. Er wurde zwar durch Jörg Haider grundgelegt – aber zweifelsfrei wäre er nicht halb so teuer geworden, hätte Josef Pröll die „Hypo“ nicht von der Bayerischen Vereinsbank zurückgekauft und hätten Maria Fekter und Michael Spindelegger ihre „Abwicklung“ nicht maximal verzögert.

Demo-Pflicht

In Lübeck wurden Schüler gezwungen bei einer Anti-Pegida-Veranstaltung teilzunehmen. Teilnahme war Pflicht, Unterricht statt Demo gab es nicht.

ZITAT

Der amerikanische Schriftsteller T. C. Boyle: „Politische Korrektheit ist Zensur, eine andere Art fundamentalistischer Glaubensstrategie, die keine andere Ansicht zuläßt.“

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: **PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT6660000000075505994.**

Der nächste Gruselbericht

Zwischen Juni 2012 und Oktober 2014 blies „Wietersdorfer“ laut neuesten Berechnungen rund 500 Kilogramm des Giftes HCB in die Görtschitztaler Luft. Neueste Fichtennadeln-Analysen zeigen, daß die HCB-Belastung rund um Klein St. Paul am höchsten ist.

Laut Umweltingenieur Kurt Hellig ist Blaukalk HCB-frei. In der Deponie lagern aber zahlreiche 200 Liter-Fässer mit einer Giftbrühe, die bei der Produktion von industriellen Entfettungs- und Putzmitteln entstanden waren. „Diese Fässer wurden 30 Jahre mit Blaukalk zugeschlammert. Inzwischen sind die Fässer verrostet und die Brühe sickerte in den Kalk. Die Meßwerte sind daher völlig unterschiedlich und liegen zwischen null und 500.000 Mikrogramm pro Kilogramm Blaukalk.“

Wofür leisten wir uns eigentlich ein teures Umweltamt mit teuren Umweltamtbeamten, wenn die offensichtlich nichts hören, nichts sehen, nichts sagen, nur groß kasieren?

Der Schauspieler

Der grüne Umweltingenieur Rolf Holub: „Es ist völlig unbedenklich, wenn Kinder im Freien spielen und es muß auch niemand die Erde in seinem Gemüsegarten austauschen. Mittlerweile bin ich mir auch sicher, daß in der ersten Mahd heuer kein HCB mehr drinnen sein wird.“

Ja wo mag denn das Gift so plötzlich hinverschwinden sein?

Die görtschitztaler Bauern leiden

Obwohl Futter ausgetauscht ist, sind noch viele Rinder mit HCB belastet.

Der Vorsitzende des U-Ausschusses zum HCB-Skandal im Görtschitztal, Willi Korak, sagt: „Man tut so, als hätte es nie etwas gegeben!“ Verantwortung für das Umweltgift will offenbar niemand übernehmen. Landeshauptmann Kaiser hat zwar mittels Aussendung darauf hingewiesen, daß „wir niemanden im Stich lassen!“ aber finanzielle Hilfe ist bei den betroffenen Betrieben noch nicht angekommen.

Obwohl der HCB-Fonds von drei auf sieben Millionen Euro aufgestockt wurde, gibt es bis dato jedoch nur einen Beschluß.

Woher das Geld kommen soll, ist noch unklar.

Neuer Dienstwagen

Klagenfurts neue Bürgermeisterin Mathiaschitz-Tschabuschnig (SPÖ) war noch nicht angelobt, übte sie sich schon fleißig im Steuergeldausgeben. Ein neues Dienstauto muß her, weil der abgewählte Bürgermeister Scheider (FPK) den Wunsch geäußert hat, seinen bisherigen Dienstwagen der Stadt abkaufen zu wollen.

Hat da womöglich wer gedacht, daß sich nach der Wahl irgend etwas ändern würde?

Wie im Mittelalter

Etwa 30 % der Schüler in Österreich können nach 9 Jahren Unterricht nicht richtig lesen und schreiben. Sie sind Analphabeten. Das ist eine Quote wie im Mittelalter.

Was macht eigentlich

der einstige österreichische Vizekanzler Josef Pröll?

Als Österreichs Expo-Kommissar erklärt er die Ausgaben von 12 Millionen Euro für den in Mailand aufgestellten österreichischen Pavillon: „Eine Oase der Ruhe. Wir präsentieren einen wirklichen Wald, kein Staudenwerk.“

Um 12 Millionen Euro!

Im Strom der Völker
wurzeln sie wie Steine,
teilen die Fluten,
geben Richtung
und weisen
seine tiefsten Tiefen.

Nicht enden sie den Strom
die großen
und die kleinen
Steine,
nie hemmen sie
den Lauf.

Sie hindern ihn daran,
morastig träg zu sein,
und so versandend
zu versickern.

Sie schenken ihm
die Wasserfälle,
Schnellen und Kaskaden,
an denen sich
das Licht der Sonne
in Myriaden
bunter Stäubchen
bricht.

Im Strom der Völker
wurzeln sie –
die Großen ihrer Völker –
wie Steine.

Konrad Windisch

Landeshauptmann Kaiser (SPÖ) informiert

„Kärnten betreut derzeit 2.000 Personen in der Grundversorgung.“

Wer hat Anspruch auf Grundversorgung? AsylwerberInnen, solange das Verfahren läuft, AsylwerberInnen, während der ersten vier Monate nach Asylgewährung, Personen, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abschiebbar sind.

Die Höhe der Grundversorgung richtet sich nach der Unterbringungsart, z. B. Vollversorgung: Der Quartierbetreiber erhält einen Tagsatz von € 19.— pro Person für die Unterbringung und gesamte Verpflegung (3 Mahlzeiten am Tag). Die Asylwerber erhalten € 40.—Taschengeld.

Weitere Leistungen: Krankenversicherung, Bekleidungs- und Schulbedarfs- und Fahrtkostenhilfe € 150.— im Jahr, Schulbedarf € 150.— im Jahr, Fahrtkosten für Schulbesuch.

Die Kosten der Grundversorgung werden vom Land Kärnten getragen und je nach Verfahrensdauer zu 60 %, bzw. 100 % vom Bund (Innenministerium) refundiert. Die Gemeinden tragen keine Kosten im Rahmen der Grundversorgung. Schulpflichtigen Kindern ist im Gemeindegebiet der Schulbesuch zu ermöglichen. Es gilt die allgemeine Schulpflicht.

Gemeinde Maria Saal: Einwohner: 3.800, Asylquartierbetreiber Familie Sever, Geplante Belegung: 16 Personen, Eröffnung: April 2015.“

Das sind im Jahr € 13,870.000 - in Worten: Dreizehnmillionenachthundertsiebzigttausend Euro zuzüglich Taschengeld, Krankenversicherung, Bekleidungs- und Schulbedarfs- und Fahrtkosten. Jahr für Jahr – wir müssen's ja haben!

Keinen musikalischen Stellenwert

Musik-Manager Hannes Eder: „Conchita hat überhaupt keinen musikalischen Stellenwert in Österreich.“

Wenn nicht musikalisch, was dann?

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

„Für Terrorismus gibt es kein Pardon“

erklärt Landesarchivdirektor Wilhelm Wadl im Interview zum Historikerbericht „Titos langer Schatten“ im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen in den 70-er Jahren, wie z. B. den Anschlag auf Bahngleise bei Maria Saal, bei dem man Gefährdung von Menschen bewußt in Kauf genommen hat.

„Dieses Gewaltpotenzial ist nur unter Terrorismus subsumierbar. Dafür gibt es kein Pardon. Würde heute jemand Sprengstoff zur Durchsetzung politischer Ziele in der Öffentlichkeit diskutieren, würde er ganz klar dem Terrorismusparagrafen unterliegen. Damals versuchte man jede antikommunistische Publikation zu verhindern. Es gab ein breites Spektrum von Aktivisten (auch Studentenzellen, die Kontakte zu ETA und IRA suchten), mit Schmieraktionen gegen Ortstafeln, Wegweiser, Gebäude mit Sachbeschädigungen in Millionenhöhe. Ein noch radikaleres Segment hat über Dynamit nicht nur geredet, sondern es auch ernsthaft gewollt. Es gab offensichtlich Auftrag aus staatspolitischen Erwägungen, nicht zu tief zu bohren. Personen, gegen die sich Verdachtsmomente gerichtet haben, durften nicht verhört werden, sondern nur informell befragt, um außenpolitische Irritationen zu vermeiden und die Fiktion von freundschaftlichen Beziehungen zum südlichen Nachbarn Jugoslawien aufrechtzuerhalten. Man hat sich nach dem Attentat auf das Rathaus in Völkermarkt auf eine gemeinsame Sprachregelung verständigt. Obwohl die österreichischen Behörden mit Sicherheit vom Geheimdiensthintergrund der Attentäter wußten, wurde er im Verfahren niemals thematisiert.“

Angesichts dieser Offenlegungen wird sich wohl wieder eine Meute von gutmenschlichen Spöttern über die Angst der Kärntner vor Verrat und Verkauf der Heimat lustig machen.

EU bezahlt Geister-Arbeiter in Ghana

Mehr als 400 Millionen Euro Hilfgelder flossen von der EU nach Ghana. Die EU-Kommission fand heraus, daß die Regierung Ghanas damit auch Beamte bezahlt, die es gar nicht gibt. Ghanas Regierung schätzt die Zahl der Geister-Arbeiter auf etwa 3000.

DAUERHAFTE NEUANSIEDLUNG

Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner fordert europaweite Resettlement-Programme, um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu setzen. Das heißt laut Definition UNHCR: „Die dauerhafte Neuansiedlung“. Diese Flüchtlinge müßten in Österreich keinen Asylantrag mehr stellen, da sie nach dem Vorschlag von Mikl-Leitner bereits von UNHCR direkt in den „Flüchtlingszentren“ in Afrika ausgewählt würden.

Die österreichische Initiative „Save Lives“ sieht vor, daß die Flüchtlinge von der EU aus den Aufnahmelagern in Afrika abgeholt und dann nach einem vereinbarten Schlüssel in Europa angesiedelt werden.

Brüssel will laut einem geheimen Plan 56 Millionen Afrikaner – 90 % davon Moslems – in die EU holen.



lesen Sie auch

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>

Nationale Selbstversorgungsstrukturen

Präsident Putin unterstützt die Idee, den Bürgern des Ostens ein Hektar Land zur Verfügung zu stellen, welches diese bewirtschaften können. Sollten sie ihre Arbeit ordentlich ausführen, bekommen sie das Land nach 5 Jahren übertragen. Damit schafft Rußland nationale Selbstversorgungsstrukturen, Ansporn, Souveränität, Gesundheit sowie soziales Pflichtbewußtsein – alles vereint in einem Stück Land.

Rußland steuert zunehmend in Richtung Unabhängigkeit.

CIA BENUTZT IMPFHelfER

Der US-Auslandsgeheimdienst CIA hat im Jahr 2011 Shakil Afridi, einen 48-jährigen pakistanischen Arzt als Helfer benutzt, um den damals dringend gesuchten Osama bin Laden zu finden. Man vermutete den al-Qaida-Chef in Abbottabad, in der pakistanisch-afghanischen Grenzregion, und Afridi sollte dort Blutproben für einen DNA-Vergleich sammeln, um herauszufinden, wo sich Verwandte Bin Ladens aufhielten. Afridi inszenierte daher eine Impfkampagne gegen Hepatitis B, ließ in Abbottabad Info-Plakate aufhängen, und begann, um glaubwürdig zu sein, in einem Armenviertel mit echten Impfungen, ehe er sich Zugang zu Bin Ladens Haus in einem reicheren Teil der Stadt verschaffen konnte.

ZITAT

US-Präsident Barack Obama: „Manchmal müssen wir massiven Druck ausüben, wenn Länder nicht das tun, was wir von ihnen verlangen.“

ZITAT

Akif Pirinçci: „Die EU plant zur Zeit Gesetze, die jeder Diktatur zur Zierde gereichen würden, nämlich daß man Zuwanderung, insbesondere natürlich die islamische, und abseitige Spielarten der Sexualität nicht kritisieren darf. Darin ist nicht einmal mehr von Strafen für die ‚Übeltäter‘ die Rede, sondern allen Ernstes von ihrer ‚Eliminierung‘. Wer bei diesen Aussichten die EU für etwas Positives hält, der muß geistig behindert sein. Wann erhebt sich endlich das deutsche Volk und jagt diese Ganoven zum Teufel?!“

KEIN RECHT AUF VERZICHT

Die Bundesversammlung der aus der ehemaligen Tschechoslowakei kollektiv vertriebenen 3,5 Millionen Sudetendeutschen in der BRD hat auf die „Wiedergewinnung der Heimat“ sowie eine „Restitution oder gleichwertige Entschädigung“ für die kollektive Enteignung der Volksgruppe auf Basis der Benes-Dekrete nach 1945 verzichtet. Sprecher der Sudetendeutschen ist der langjährige Abgeordnete des Europaparlaments für die CSU, Bernd Posselt.

Dieser Verein hat überhaupt kein Recht auf irgend etwas zu verzichten, das ihm nicht gehört!

In Österreich lehnte bei einer unlängst durchgeführten Umfrage eine große Mehrheit der Sudetendeutschen, die nach Österreich vertrieben worden sind, einen Verzicht auf ihr altes Eigentum im heutigen Tschechien entschieden ab.

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN